

Umstrittene Durchsuchung bei Jugendpfarrer : Sächsischer Landtag beschäftigt sich mit Razzia in Jena

Das Vorgehen der Dresdner Polizei gegen den Jenaer Jugendpfarrer Lothar König hat in der kommenden Woche ein parlamentarisches Nachspiel. Wie der Sächsische Landtag mitteilte, wird der Verfassungs- und Rechtsausschuss am kommenden Dienstag auf Antrag der Linksfraktion zu einer Sondersitzung zusammenkommen. Die Linke beklagt ein "unverhältnismäßiges Vorgehen" von Polizei und Staatsanwaltschaft. Gegen den Pfarrer wird wegen Landfriedensbruchs ermittelt. Die Dresdner Polizei hatte vergangene Woche dessen Wohnung in Jena durchsucht. Laut den Ermittlern soll König bei einer Demonstration am 19. Februar gegen einen Neonazi-Aufmarsch in Dresden zur Gewalt gegen Polizisten angestachelt haben. Der Pfarrer bestreitet das.

Martens verteidigt Durchsuchung

Die Razzia der Dresdner Polizei in Jena wird den Sächsischen Landtag beschäftigen

Nach Ansicht des sächsischen Justizministers Jürgen Martens (FDP) war die umstrittene Durchsuchung rechtmäßig. Die Thüringer Fachbehörden seien über den Einsatz informiert gewesen, sagte Martens am Dienstag in Dresden. Alle anderen Behauptungen seien unzutreffend. "Die vorgetragene Echauffierung des Kollegen kann ich daher nicht nachvollziehen", sagte Martens zur Kritik des thüringischen Justizministers Holger Poppenhäger (SPD). Dieser hatte kritisiert, die Thüringer Behörden seien über die Durchsuchung am vergangenen Mittwoch nicht informiert gewesen.

Das Thüringer Innenministerium bleibt in der Affäre "König" bei seiner Darstellung. Ein Sprecher sagte MDR 1 RADIO THÜRINGEN, man sei von Sachsen über die bevorstehende Durchsuchung nicht vorab informiert worden. Es habe aber in der Tat Kontakte auf polizeilicher Arbeitsebene gegeben, so der Sprecher weiter. Bei diesen sei aber nie konkret über eine Durchsuchung oder gar einen genauen Termin für so einen Einsatz gesprochen worden.

Innenministerium: "Üblicher Vorgang in der polizeilichen Arbeit"

Der Sprecher des sächsischen Innenministeriums, Lothar Hofner, beschrieb am Dienstag das Vorgehen im Fall König als "üblichen Vorgang in der polizeilichen Arbeit". Beamte der Dresdner Sonderkommission 19/2 wären am 7. Juni nach Thüringen gefahren, um sich mit dem dortigen Staatsschutz auszutauschen und das Ermittlungsverfahren darzustellen. Anfang August habe es nochmals telefonischen Kontakt gegeben. Am Tag der Durchsuchung selbst sei die Polizeidirektion Jena um 5.30 Uhr benachrichtigt worden, um 7.18 Uhr habe die Durchsuchung begonnen. "Auch zu diesem Zeitpunkt erfolgte nochmals eine Information an die Polizeidirektion Jena", sagte Hofner.

Kein Video der angeblichen Straftat im Ausschuss

Justizminister Martens widersprach der Anschuldigung, Sachsen wolle Bürger bei ihrem Engagement gegen Rechtsextremismus kriminalisieren. "Das ist Unfug. Es geht den Strafverfolgungsbehörden darum, schwere Straftaten aufzuklären und um nichts anderes."

Forderungen aus der Opposition, auf der Sitzung der Verfassungs- und Rechtsausschusses ein Video von der vermeintlichen Straftat Königs zu zeigen, wies der Justizminister zurück. "So etwas

halte ich für grundsätzlich bedenklich", meinte Martens.

Treffen auf höchster Ebene

Laut sächsischer Staatskanzlei treffen sich das sächsische und das thüringische Kabinett am 13. September in Radebeul bei Dresden. Der Termin sei aber schon lange vor den Ereignissen in Jena vereinbart worden. Die Grünen im Landtag von Thüringen hatten zuvor Regierungschefin Christine Lieberknecht Untätigkeit vorgeworfen. Fraktionschefin Anja Siegesmund erklärte, das Schweigen der Ministerpräsidentin sei "schlichtweg skandalös". Beide Freistaaten müssten endlich auf höchster Ebene ins Gespräch kommen. Ähnlich äußerte sich der Chef der Linken im Landtag Thüringens, Bodo Ramelow. "Dem Possenspiel sollte endlich durch klare Worte der Landesregierung ein Ende bereitet werden", sagte der Linken-Politiker am Dienstag.

Videolinks:

<http://www.mdr.de/sachspiegel/video8434.html>

<http://www.mdr.de/mdr-aktuell/video8474.html>

Zuletzt aktualisiert: 16. August 2011, 21:06 Uhr

(<http://www.mdr.de/sachsen/Razzia106.html>)

Ermittlungen gegen König angeblich nur "Formulierungsfehler"

Die Staatsanwaltschaft Dresden hat Vorermittlungen gegen die Thüringer Linke-Abgeordnete Katharina König dementiert: Ein Sprecher gab an, bei einer entsprechenden Passage in einem Brief an die Landtagsabgeordnete handele es sich um ein Versehen. Die Betroffene hat da jedoch ihre Zweifel.

Jena. Dem Amtsgericht Dresden sei ein Formulierungsfehler unterlaufen, sagte der Sprecher der Staatsanwaltschaft, Jan Hille. In einem Schreiben an die Abgeordnete im Zusammenhang mit den Durchsuchungen bei ihrem Vater, Jugendpfarrer Lothar König, sei versehentlich von Vorermittlungen gegen die Politikerin wegen Landfriedensbruch die Rede gewesen.

Es gehe in dem Brief aber lediglich um die Beschlagnahmung einer Liste bei der Durchsuchung der Wohnung ihres Vaters, sagte der Sprecher. Dabei sei es um einen Antrag von [Katharina König](#) auf Herausgabe des Dokuments gegangen, der abgelehnt worden sei. Der Fehler werde nun korrigiert, kündigte Hille an.

Erfreut ist [Katharina König](#) über die neuesten Entwicklungen dennoch nicht. "Dann wäre ja alles ein Formulierungsfehler bis auf meine Adresse", sagt sie. Sie glaube nicht an einen Schreibfehler. Die Liste, die nach Angaben der sächsischen Polizei beschlagnahmt wurde, sei zum einen gar nicht beschlagnahmt worden. Zum anderen "haben die Polizisten am Dienstag, 9. August, als das Schreiben an mich verfasst worden ist, doch noch gar nicht wissen können, was sie einen Tag später bei der Razzia vorfinden", sagt [Katharina König](#). Nun würden sie zurück rudern, weil sie erneut Rechtsbruch begangen hätten. Zudem sei das Vorermittlungsverfahren erst am 11. August an sie verschickt worden und stehe so gar nicht im direkten Zusammenhang mit der Razzia.

Zurückrudern würde die Polizei nun auch, sagt König, weil sie nicht damit gerechnet haben, dass sie mit der ganzen Angelegenheit sofort an die Öffentlichkeit gehen würde.

Das Vorgehen der sächsischen Ermittler hatte Kritik ausgelöst, da die Thüringer Behörden über die geplante Razzia nicht informiert wurden. Die Evangelische Kirche sieht durch die Durchsuchung zudem das Seelsorge-Geheimnis gefährdet.

Sven Hennig, stellvertretender Superintendent des evangelisch-lutherischen Kirchenkreises Jena, kritisierte, dass seitens der Polizei versucht würde, Lothar König einzuschüchtern. "Ich hoffe, dass diese Wirkung nicht eintritt und dass sich die Vorwürfe gegen Pfarrer König klären lassen."

Im Ernst-Abbe-Stadion am Samstag hatten zahlreiche FCC-Fans mittels Spruchbänder ihre Solidarität mit der JG zum Ausdruck gebracht. Auch im Internet wächst die Zahl derer, die Familie König unterstützen: 626 Mitglieder zählte die [Seite "Solidarität mit Lothar König" im sozialen Netzwerk "Facebook"](#) gestern gegen 18 Uhr. Zudem werden seitens der Jungen Gemeinde "Solishirts" verkauft. 65 Shirts sind schon über den Tresen gewandert. Bestellungen erfolgen über soligruppe@jg-stadtmitte.de oder direkt in der Johannisstraße 14 in Jena. "Die Solidaritätsbekundungen geben uns Kraft. Bürger aus Jena kommen vorbei, spenden Geld, und wir werden nicht aufgeben", sagt König.

Stefanie Bühlchen / 16.08.11 / TLZ; dapd

(http://www.tlz.de/web/zgt/thema/detail?p_p_id=DetailPortlet_WAR_queport&p_p_lifecycle=1&p_p_state=normal&p_p_mode=view&p_p_col_id=column-2&p_p_col_pos=2&p_p_col_count=6&_DetailPortlet_WAR_queport_publishBoxName=answers_result&_DetailPortlet_WAR_queport_publishBoxNamespace=LAYOUT_23201%2Fqueport_AnswersPortlet_WAR_queport_INSTANCE_DiM2_LAYOUT_23201&_DetailPortlet_WAR_queport_publishBoxMessageType=searchQuery&_DetailPortlet_WAR_queport_action=copyQuery&_DetailPortlet_WAR_queport_offset=4)

Thüringer Behörden wussten angeblich früh von Ermittlungen

Die Thüringer Behörden sollen schon Anfang Juli, also Wochen vor der Durchsuchung bei dem Jenaer Lothar König, über Ermittlungen nach Protesten gegen Rechtsextremismus in Dresden informiert gewesen sein. Laut Sachsens Justizminister Jürgen Martens (FDP) gab es dazu am 7. Juli Gespräche zwischen sächsischem und thüringischen Staatsschutz.

Dresden. Die umstrittene Durchsuchung der sächsischen Polizei bei einem Pfarrer im thüringischen Jena bietet nach Ansicht von Justizminister Jürgen Martens (FDP) keinen Grund zur Kritik. Anfang August seien die Thüringer Behörden über bevorstehende Durchsuchungen informiert worden, erklärte der Minister weiter.

Er reagierte damit auf Aussagen des thüringischen Justizministers [Holger Poppenhäger](#) (SPD), der nach dem Einsatz am vergangenen Mittwoch von einem Informationsdefizit gesprochen hatte. Im sächsischen Landtag wird die Durchsuchung ein parlamentarisches Nachspiel haben.

Die Thüringer Behörden seien frühzeitig und rechtzeitig benachrichtigt worden, betonte Martens. Der Sprecher des Innenministeriums, Lothar Hofner, sagte, dass der Thüringer Staatsschutz erstmals am 7. Juli über die geplante Polizeiaktion informiert worden sei. Danach habe es telefonischen Kontakt der sächsischen Polizei mit den Thüringer Fachbehörden gegeben. Am Tag der Durchsuchungen seien die Behörden ebenfalls informiert worden. "Das war ein ordnungsgemäßer Einsatz", sagte Hofner.

Gegen den Jenaer Jugendpfarrer Lothar König wird wegen Landfriedensbruchs ermittelt. Er soll bei einer Demonstration gegen einen Neonazi-Aufmarsch in Dresden zur Gewalt gegen Polizisten angestachelt haben. König bestreitet die Vorwürfe.

Thüringens Justizminister Poppenhäger hatte den Alleingang der sächsischen Ermittler bei der Durchsuchung der Wohnung des Pfarrers kritisiert und von einem Informationsdefizit gesprochen. Die Thüringer Behörden waren nach eigenen Angaben nicht über die bevorstehende Durchsuchung

in Kenntnis gesetzt worden.

Thüringer Ministerien äußern sich nicht

Das Thüringer Innen- und Justizministerium wollte sich am Dienstag zu den Äußerungen von Martens nicht äußern. Martens hatte Poppenhäger mit den Worten kritisiert: "Die vorgetragene Echaffierung des Kollegen kann ich daher nicht nachvollziehen". Zugleich verwahrte er sich gegen Vorwürfe der Opposition im Landtag, die Ermittlungen gegen den Pfarrer seien politisch motiviert. Es gehe allein um die Aufklärung möglicher Straftaten, sagte Martens.

Der Rechtsausschuss des sächsischen Landtags wird allerdings am kommenden Dienstag (23. August) auf Antrag der Linksfraktion zu einer Sondersitzung zusammenkommen. Laut Parlament beklagt die Linke ein unverhältnismäßiges Vorgehen gegen den Pfarrer.

Kai Mudra / 16.08.11 / tag; dapd

(<http://www.tlz.de/web/zgt/thema/detail?>

[p_p_id=DetailPortlet_WAR_queport&p_p_lifecycle=1&p_p_state=normal&p_p_mode=view&p_p_col_id=column-2&p_p_col_pos=2&p_p_col_count=6&DetailPortlet_WAR_queport_publishBoxName=answers_result&DetailPortlet_WAR_queport_publishBoxNamespace=LAYOUT_23201%2Fqueport_AnswersPortlet_WAR_queport_INSTANCE_DiM2_LAYOUT_23201&DetailPortlet_WAR_queport_publishBoxMessageType=searchQuery&DetailPortlet_WAR_queport_action=copyQuery&DetailPortlet_WAR_queport_offset=3](http://www.tlz.de/web/zgt/thema/detail?p_p_id=DetailPortlet_WAR_queport&p_p_lifecycle=1&p_p_state=normal&p_p_mode=view&p_p_col_id=column-2&p_p_col_pos=2&p_p_col_count=6&DetailPortlet_WAR_queport_publishBoxName=answers_result&DetailPortlet_WAR_queport_publishBoxNamespace=LAYOUT_23201%2Fqueport_AnswersPortlet_WAR_queport_INSTANCE_DiM2_LAYOUT_23201&DetailPortlet_WAR_queport_publishBoxMessageType=searchQuery&DetailPortlet_WAR_queport_action=copyQuery&DetailPortlet_WAR_queport_offset=3))

Staatsanwaltschaft Dresden : Rückzieher bei Ermittlungen gegen Jenaer Pfarrer

Die Staatsanwaltschaft Dresden hat ihren Verdacht gegen den Jenaer Jugendpfarrer Lothar König wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung bisher nicht erhärten können. Behördensprecher Jan Hille sagte am Mittwoch, es sei nicht auszuschließen, dass dieses Ermittlungsverfahren gegen König eingestellt werden müsse. Einzelheiten wollte Hille nicht bekanntgeben, er sagte nur, vorgeworfen werde König "mehrfaches organisiertes Vorgehen". Laut einem Bericht des Nachrichtenmagazins "Der Spiegel" geht es bei den Ermittlungen um eine sogenannte "Antifa-Sportgruppe", einer "linken Schlägertruppe, die in Sachsen Rechtsradikale jagt".

Weitere Ermittlungen wegen schweren Landfriedensbruchs

Nach den Worten von Justizsprecher Hille ist das Verfahren gegen König und weitere Beschuldigte "schon wesentlich länger" und unabhängig von einem weiteren Ermittlungsverfahren gelaufen. In diesem werde gegen den Jenaer Pfarrer wegen Vorfällen während der Demonstration gegen einen Neonazi-Aufmarsch am 19. Februar in Dresden ermittelt. König wird schwerer aufwieglerischer Landfriedensbruch, versuchte Strafvereitelung und Nötigung vorgeworfen, weil er als Fahrer und Halter eines Kleintransporters über Lautsprecher zu Gewalttaten gegen Polizisten aufgefordert haben soll. König bestreitet das. Vor einer Woche wurde in diesem Zusammenhang seine Dienstwohnung in Jena von sächsischen Ermittlern durchsucht. In Thüringen sorgte die Razzia für einige Verstimmungen, weil - so der Vorwurf von SPD-Justizminister Holger Poppenhäger - man im Vorfeld nicht ausreichend darüber informiert worden sei.

Justiz- und Innenministerium verteidigen Polizeiaktion

Erst am Dienstag hatte der sächsische Justizminister Jürgen Martens die Durchsuchung noch einmal verteidigt und als rechtens bezeichnet. Die Thüringer Fachbehörden seien über den Einsatz informiert gewesen, sagte der FDP-Politiker. Alle anderen Behauptungen seien unzutreffend. Die "vorgetragene Echauffierung" seines Amtskollegen Poppenhäger könne er nicht nachvollziehen. Ein Sprecher des sächsischen Innenministeriums bezeichnete das Vorgehen im Fall König als "üblichen Vorgang in der polizeilichen Arbeit". Beamte der Dresdner Sonderkommission 19/2 hätten ihre Thüringer Kollegen bereits vor der Durchsuchung mehrfach informiert.

Thüringer Behörde bestreitet Kenntnis des Termins der Durchsuchung

Das Innenministerium in Erfurt blieb dagegen bei seiner Darstellung, wonach man von Sachsen über die bevorstehende Durchsuchung nicht vorab informiert worden sei. Ein Ministeriumssprecher sagte MDR 1 RADIO THÜRINGEN, es habe aber in der Tat Kontakte auf polizeilicher Arbeitsebene gegeben. Bei diesen sei aber nie konkret über eine Durchsuchung oder gar einen genauen Termin für den Einsatz gesprochen worden.

Zwischenfall bei Protest gegen Durchsuchung

In Dresden protestierten am Dienstag Jugendliche gegen die Aktion der sächsischen Polizei in Jena. Dabei kam es nach Informationen der Nachrichtensendung MDR AKTUELL zu

Auseinandersetzungen zwischen den Demonstranten und den Personenschützern von Sachsens Innenminister Markus Ulbig. Ein Beamter wurde leicht verletzt. Ulbig hatte zuvor vergeblich versucht, mit den Jugendlichen ins Gespräch zu kommen. Stattdessen musste er von seinen Personenschützern in Sicherheit gebracht werden.

Zuletzt aktualisiert: 17. August 2011, 20:13 Uhr

(<http://www.mdr.de/sachsen/Razzia110.html>)

Fall König: "Die Fortsetzung von Sächsisch Absurdistan"

Die neuen Einlassungen der sächsischen Justiz zur Durchsuchung der Pfarrerswohnung König in Jena haben eher zu noch mehr Verwirrung beigetragen, statt den Fall zu erhellen. Kein Wunder, dass die Opposition in beiden Freistaaten sauer ist - doch in Erfurter Ministerien drückt man sich weiter vor klaren Worten.

Erfurt/Jena. "Das ist eine weitere Fortsetzung von sächsisch Absurdistan." [Bodo Ramelow](#), der Fraktionsvorsitzende der Linkspartei in Thüringen, ist nur noch entsetzt, wenn er die Reaktionen der sächsischen und thüringischen Behörden auf die Durchsuchungsaktionen beim Jenaer Jugendpfarrer Lothar König kommentieren soll. Seine eindeutige Aufforderung an die Thüringer Behörden: Die Landesregierung in Erfurt solle endlich klar machen, "dass wir ein eigenständiges Bundesland sind und dass unsere Souveränität nicht einer sächsischen Behördenwillkür geopfert werden darf."

Das, was sich die Dresdener Behörden leisten, ist für Ramelow nur noch ein "Possenspiel", dem die Thüringer Landesregierung ein Ende bereiten solle. Es müsse als Schutzbehauptung gewertet werden, dass die Thüringer Behörden rechtzeitig über die Durchsuchungsaktion informiert gewesen seien und man in Sachsen nichts dafür könne, wenn in Thüringen die Informationskanäle nicht stimmten. "Als Beleg für diese abstrusen Behauptungen soll ein nicht näher definiertes Telefongespräch auf Fachebene von Anfang August herhalten", so Ramelow.

Sachsens Justizminister Jürgen Martens (FDP) hatte zuvor in Dresden Vorwürfe über Informationsmängel beim Einsatz der Polizisten in Thüringen zurück. Die dortigen Behörden seien ausreichend vor der Durchsuchung unterrichtet worden. Es sei vorher mit der zuständigen Polizeidienststelle gesprochen worden, betonte er. Die Opposition in beiden Ländern forderte weitere Aufklärung.

LKA Sachsen zählt mehrere Informationen an Thüringen auf

Nach Angaben des Sprechers des Dresdner Innenministeriums, Lothar Hofner, wurde mit den Thüringer Behörden rechtzeitig und nach einem üblichen Verfahren Kontakt gesucht. Demnach habe es bereits am 7. Juli in der Polizeidirektion Jena beim Staatsschutz ein Gespräch über die Ermittlungen gegen König gegeben. Anfang August seien die Thüringer Behörden dann über die geplante Durchsuchung informiert worden. Zu diesem Zeitpunkt habe aber noch kein Datum festgestanden. Zuletzt sei dann knapp zwei Stunden vor dem Einsatz am 10. August eine Information an die Behörden in Jena gegangen, so Hofner.

Nach Angaben des Thüringer Justizministeriums wurde die Thüringer Staatsanwaltschaft von den Dresdner Behörden in Kenntnis gesetzt, als die Aktion schon angelaufen war. Eine Vorabinformation sei aber auch nicht notwendig gewesen, hieß es im Hause von Justizminister [Holger Poppenhäger](#) (SPD). Der Thüringer Minister drängt aber weiter darauf, dass geklärt wird, ob und ab wann die Thüringer Polizei über die Durchsuchungen bei Pfarrer König informiert gewesen seien.

Der sächsische Justizminister Martens sagte weiter, ihm sei nicht bekannt, dass auch Unterlagen aus der Seelsorgearbeit des Pfarrers sichergestellt worden seien. Sollten Materialien aber der

Verschwiegenheit des Beschuldigten unterliegen, würden sie für die Ermittlungen nicht verwendet, betonte er.

Die Staatsanwaltschaft Dresden ermittelt gegen den Theologen König wegen "aufwieglerischen Landfriedensbruchs". Er soll bei den Protesten gegen Naziaufmärsche am 19. Februar in Dresden gewaltbereite Jugendliche zu Angriffen auf die Polizei angestiftet haben. Die sächsische Polizei durchsuchte daraufhin vergangene Woche Dienst- und Privaträume des 57-jährigen Pfarrers in Jena.

Sächsische Linksfraktion sieht Länderabkommen verletzt

Der rechtspolitische Sprecher der Linksfraktion in Sachsen, Klaus Bartl, wies die Darstellung einer ausreichenden Vorinformation zurück. Es wäre eine Mitteilung von Landeskriminalamt und Staatsanwaltschaft notwendig gewesen. Die sächsischen Ermittlungsbehörden hätten das Länder-Abkommen über die erweiterte Zuständigkeit der Polizei verletzt.

Für Johannes Lichdi von der sächsischen Grünen-Fraktion ist weiter unklar, ob gesicherte Unterlagen möglicherweise dem Seelsorgegeheimnis und damit dem Beschlagnahmeverbot unterlagen. Die ganze Frage der Informationskanäle soll jetzt in einer Sondersitzung des Justizausschusses im Landtag geklärt werden, die von der Linkspartei beantragt wurde. Wann die Sitzung stattfinden wird, konnte die Landtagsverwaltung allerdings noch nicht sagen.

Völlig unverständlich ist für Ramelow auch, dass Sachsens Justizminister ein erneutes Ermittlungsverfahren gegen [Katharina König](#), Landtagsabgeordnete der Linkspartei und Tochter von Pfarrer König erwähnt habe. Eine Nachfrage der Rechtsanwältin von König bei der zuständigen Dresdener Staatsanwaltschaft hat nach Angaben von Ramelow aber ergeben, dass dieser Sachverhalt vehement bestritten wurde.

Ramelow erinnerte Thüringens Ministerpräsidentin [Christine Lieberknecht](#) daran, dass es in Thüringen "eine Kultur des gemeinsamen Handelns gegen braunen Ungeist" gebe. "Wenn es gegen braunen Ungeist geht, dürfen wir uns nicht einschüchtern lassen", so Ramelow. Auch nicht von sächsischen Behörden. Die Angriffe des sächsischen Justizministers Martens gegen seinen Thüringer Kollegen - "Die vorgetragene Echaffierung des Kollegen kann ich daher nicht nachvollziehen" - wollte man in Erfurt nicht kommentieren. "Eigentlich sind die mitteldeutschen Justizminister eine dufte Dreiertruppe", hieß es lediglich.

Hartmut Kaczmarek / 17.08.11 / TLZ; dapd

(http://www.tlz.de/web/zgt/thema/detail?p_p_id=DetailPortlet_WAR_queport&p_p_lifecycle=1&p_p_state=normal&p_p_mode=view&p_p_col_id=column-2&p_p_col_pos=2&p_p_col_count=6&_DetailPortlet_WAR_queport_publishBoxName=answers_result&_DetailPortlet_WAR_queport_publishBoxNamespace=LAYOUT_23201%2Fqueport_AnswersPortlet_WAR_queport_INSTANCE_DiM2_LAYOUT_23201&_DetailPortlet_WAR_queport_publishBoxMessageType=searchQuery&_DetailPortlet_WAR_queport_action=copyQuery&_DetailPortlet_WAR_queport_offset=2)

Protest am Rande einer CDU-Veranstaltung

Gestern protestierten im Dresdner Stadtteil Plauen mehr als 50 Menschen lautstark gegen die Beschlagnehmung des Lautsprecherwagens der "JG Stadtmitte" und die Ermittlungen gegen den Jenaer Stadtjugendpfarrer Lothar König. Auf Transparenten und Schildern kritisierten sie die seit Monaten andauernde Praxis der Sächsischen Behörden, die [erfolgreichen Proteste](#) tausender Menschen gegen einen Naziaufmarsch in Dresden im Februar zu kriminalisieren.

Ein von den Protestierenden mitgebrachtes "Care-Paket" mit Musik, Kuchen und einer

Autozeitschrift für den beschlagnahmten Lautsprecherwagen lehnte Sachsens Innenminister [Markus Ulbig](#) (CDU) ebenso ab, wie eine Stellungnahme zu dem Polizeieinsatz und den Ermittlungsmethoden der Sächsischen Behörden. Erst gestern hatte die Dresdner Staatsanwaltschaft auf Nachfrage Vorermittlungen gegen die Thüringer Landtagsabgeordneten der Linken, [Katharina König](#), [dementieren müssen](#).

Dem Jenaer Theologen wirft die Staatsanwaltschaft "schweren aufwieglerischen Landfriedensbruch" vor. Am 19. Februar soll aus dem von Sächsischen Beamten [am Mittwoch beschlagnahmten Fahrzeug](#) zu Gewalt gegen Polizisten aufgerufen worden sein. Die Durchsuchung der besonders geschützten Amtsräume des Pfarrers hatte nicht nur in Thüringen [für Aufsehen gesorgt](#). Etliche Politikerinnen und Politiker hatten den Einsatz Sächsischer Beamter im benachbarten Bundesland und die Durchsuchung der Diensträume und Wohnung des Seelsorgers scharf verurteilt.

Der Initiativkreis "Sachsens Demokratie" kritisierte [in einer Pressemitteilung](#) das in Sachsen vorherrschende "autoritäre Staatsverständnis" und forderte den Innenminister zum Rücktritt auf. Die "JG Stadtmitte" [forderte](#) die Herausgabe des Kleinbusses und verwies auf die Parallelen zwischen den aktuellen Vorgängen und der Verfolgung der oppositionellen JG-Stadtmitte Jena in der DDR durch die Staatssicherheit.

(<http://www.addn.me/antifa/protest-am-rande-einer-cdu-veranstaltung/#more-13160>)

Demonstration gegen Ulbigs Ermittlungsmethoden

Dresdner und Jenaer Demonstranten solidarisieren sich mit thüringischem Jugendpfarrer L. König. ++ Jenaer fordern Stellungnahme von Innenminister Ulbig. +++ Handgemenge zwischen Demonstranten und Personenschützern des Innenministers. +++

Unter dem Motto: „Gegenbesuch“ empfingen Innenminister Markus Ulbig am Dienstag abend vor der Bienertmühle in Dresden-Plauen rund 70 Demonstranten aus Sachsen und Thüringen.

Grund für diese spontane Aktion war die Hausdurchsuchung der Sächsischen Polizei bei dem Jenaer Pfarrer und Stadtrat, Lothar König. Dem Theologen wird unter anderem vorgeworfen am 19. Februar zur Gewalt gegen Polizisten angestachelt zu haben.

Die Mitglieder der Jenaer Jungen Gemeinde sind von der Unschuld des Pfarrers überzeugt und forderten vor der Dresdner Bienertmühle eine Stellungnahme des Innenministers.

Interview mit Matthias Q., Soligruppe JG Stadtmitte:

"Wir wollen ihn fragen, was er dazu zu sagen hat. Also bis jetzt hat er an die Staatsanwaltschaft verwiesen, da gab es heute relativ kurzfristig die Pressekonferenz mit dem Justizminister und einem Sprecher von Herrn Ulbig, das reicht uns aber nicht. Wir wollen also eine klare Aussage, wie er das bewertet."

Doch zu einer solchen Aussage konnte es nicht kommen. Bei dem Versuch eines Gesprächs kam es zu einer Handgemenge zwischen Demonstranten und den Personenschützern des Innenministers. Markus Ulbig schließt ein zukünftiges Gespräch über die Vorgehensweise der Behörden im Nachgang des 19. Februars allerdings nicht aus.

Interview mit Markus Ulbig, CDU, Sächsischer Innenminister:

"Ich bin eigentlich froh, wenn Menschen sich in unterschiedlicher Weise äußern, wenn es auch Meinungsäußerungen gibt. Leider ist es hier im Vorfeld nicht möglich gewesen, dass wir in einen

Dialog eingetreten sind, dass wir entweder ein Gespräch führen konnten, oder dass mir eine Botschaft entsprechend übergeben wurde. Insofern hoffe ich, dass sich dieser Dialog vielleicht in der Zukunft noch mal vernünftig überhaupt gestaltet, dass ein Meinungs austausch möglich wird."

Für die Dresdner Demonstranten ging es nicht nur um Lothar König. „Die Hausdurchsuchung des Geistlichen reihe sich ein in eine lange Kette von mehr als zweifelhaften Ermittlungsmethoden und Grundrechtseingriffen“, so die Sprecherin der Initiativgruppe „Sachsens Demokratie“. Durch die Unterstützung aus Thüringen hofft die Dresdner Gruppe auf mehr Aufmerksamkeit für ihr Anliegen.

Interview mit Josephine Fischer, Initiativgruppe „Sachsens Demokratie“:

"Für uns ist das auf jeden Fall eine große Hilfe, dass wir Unterstützung von Außerhalb auch bekommen, weil in Sachsen lassen sich die Leute, die es momentan problematisch finden auch an ein paar Händen abzählen, oder kriegen einfach noch nicht so den Drive rein sich auch mal öffentlich zu äußern. Und deswegen ist es natürlich wunderbar, dass die Kampagne 'Sachsens Demokratie' jetzt auch Unterstützung aus Thüringen bekommt, nachdem sich das Verfahren eben über die Landesgrenze ausgeweitet hat. Dieses Verfahren wegen der Bildung einer kriminellen Vereinigung."

Die Demonstranten wollen mit weiteren Aktionen in Sachsen und Thüringen gegen das Vorgehen sächsischer Behörden protestieren.

(<http://www.dresden-fernsehen.de/default.aspx?ID=12209&showNews=1010443&newVideo=0>)

Proteste gegen Razzia in Jena : Ulbig gerät in Rangelei mit Demonstranten

Sachsens Innenminister Markus Ulbig und dessen Personenschützer sind am Dienstagabend im Dresdner Stadtteil Plauen in eine Rangelei mit Demonstranten geraten. Nach den Angaben eines Sprechers des sächsischen Innenministeriums protestierten die rund 30 Personen mit ihrer nicht angemeldeten Versammlung gegen die Razzia der Dresdner Polizei bei einem Jenaer Jugendpfarrer. Diesem wird nach der Beteiligung an einem Protest gegen eine Neonazi-Kundgebung im Februar in Dresden unter anderem schwerer Landfriedensbruch vorgeworfen.

Nach Angaben des Ministeriumssprechers hat sich Ulbig auf dem Weg zu einer CDU-Veranstaltung befunden. Der Minister habe mit den Protestierern zunächst ins Gespräch kommen wollen, die Gruppe habe dies jedoch abgelehnt. Auf dem weiteren Weg in den Veranstaltungssaal sei es dann zu den Rangeleien gekommen. Ulbig selbst sei dabei nichts passiert, sagte der Sprecher. Ein Personenschützer sei jedoch leicht verletzt worden.

Polizei versucht, Teilnehmer zu finden

Als die herbeigerufene Polizei eintraf, waren die Demonstranten bereits verschwunden. Ein Sprecher der zuständigen Polizeidirektion Dresden sagte dem MDR, es werde nun geprüft, ob die Teilnehmer des Protestes gegen das Versammlungsgesetz verstoßen haben. Sollte dies der Fall sein, werde man versuchen, die Identität der Personen festzustellen. Zudem werde geprüft, ob es während der Rangelei mit Ulbigs Sicherheitsleuten zu weiteren Straftaten von Seiten der Demonstranten kam, so der Polizeisprecher.

Zuletzt aktualisiert: 18. August 2011, 15:49 Uhr

(<http://www.mdr.de/sachsen/Rangelei100.html>)

Staatsanwalt: Verdacht gegen König nicht erhärtet

Lothar König könnte demnächst ein Ermittlungsverfahren weniger aus Dresden gegen sich haben. Jena. Wie der Sprecher der Staatsanwaltschaft, Jan Hille, auf OTZ-Anfrage mitteilte, habe sich der Tatverdacht gegen den Stadtjugendpfarrer bezüglich der "Bildung einer kriminellen Vereinigung" nach Paragraph 129 Strafgesetzbuch nicht bestätigt. "Ich halte eine Entscheidung zur Einstellung des Verfahrens gegen ihn für möglich", so Hille. Gegen andere dauere die Ermittlung an.

Unbenommen von einer Verfahrenseinstellung zu Paragraph 129 werde gegen König jedoch weiter ermittelt wegen "schwerem aufwieglischen Landfriedensbruch" gemäß Paragraph 125 Strafgesetzbuch. Derzeit werde das bei der Durchsuchung am 10. August in Jena sichergestellte Material geprüft. Da sich König im Urlaub befinde, müsse ihm noch Gelegenheit gegeben werden, sich zum Verfahren zu äußern und Beweisanträge zu stellen.

Hinsichtlich eines Vorermittlungsverfahrens gegen [Katharina König](#) erklärte Hille, dass ein solches Verfahren bei der Staatsanwaltschaft nicht geführt werde. Dies sei ihrer Anwältin bereits mitgeteilt worden. Die Gründe, warum ein Beschluss mit diesem Wortlaut an die Abgeordnete gegangen sei, könne nur das Amtsgericht Dresden benennen. Dessen Sprecherin Birgit Keeve erklärte, dieses Schreiben sei am Dienstag korrigiert und gestern an [Katharina König](#) als "Gerichtliches Entscheidungsverfahren" mit Bezug auf einen von ihr gestellten Antrag in die Post gegangen.

18.08.11 / OTZ

(http://www.tlz.de/web/zgt/thema/detail?p_p_id=DetailPortlet_WAR_queport&p_p_lifecycle=1&p_p_state=normal&p_p_mode=view&p_p_col_id=column-2&p_p_col_pos=2&p_p_col_count=6&_DetailPortlet_WAR_queport_publishBoxName=answers_result&_DetailPortlet_WAR_queport_publishBoxNamespace=LAYOUT_23201%2Fqueport_AnswersPortlet_WAR_queport_INSTANCE_DiM2_LAYOUT_23201&_DetailPortlet_WAR_queport_publishBoxMessageType=searchQuery&_DetailPortlet_WAR_queport_action=copyQuery&_DetailPortlet_WAR_queport_offset=1)

Jenas OB lädt Sachsens Regierungschef zum Gespräch wegen Razzia bei Pfarrer

Jenas Oberbürgermeister Albrecht Schröter (SPD) hat Sachsens Regierungschef Stanislaw Tillich (CDU) eingeladen. In einem inzwischen veröffentlichten Brief vom Dienstag spricht Schröter von "erheblichen Vertrauensverlust vieler zivilcouragierten Bürgerinnen und Bürger in den Umgang der sächsischen Staatsanwaltschaft mit Menschen, die sich dem Rechtsextremismus mutig und friedlich in den Weg stellen".

Jena. Viele würden sich fragen, ob es politische Absicht sei oder billigend in Kauf genommen werde, dass durch Datenspeicherung und Hausdurchsuchungen "ein möglicher Effekt der Einschüchterung" entstehe.

Schröter lädt Tillich nach Jena ein, "um die Fragen vieler Bürger meiner Stadt an die sächsische Landesregierung zu artikulieren". Die sächsische Staatskanzlei kündigte für Donnerstagnachmittag eine Stellungnahme an.

Anlass des Schreibens ist die Razzia bei Jenas Jugendpfarrer Lothar König in der Vorwoche, die im Auftrag der Dresdner Staatsanwaltschaft von sächsischen Polizeibeamten vorgenommen wurde. Neben der Wohnung sollen dabei auch die Diensträume des Seelsorgers durchsucht worden sein. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft wird dem Pfarrer schwerer aufwieglerischer Landfriedensbruch vorgeworfen. Er soll bei einer Anti-Nazi-Demonstration am 19. Februar in Dresden zu Gewalt gegen Polizisten aufgerufen haben.

Kai Mudra / 18.08.11 / tag

(http://www.tlz.de/web/zgt/thema/detail?p_p_id=DetailPortlet_WAR_queport&p_p_lifecycle=1&p_p_state=normal&p_p_mode=view&p_p_col_id=column-2&p_p_col_pos=2&p_p_col_count=6&_DetailPortlet_WAR_queport_publishBoxName=answers_result&_DetailPortlet_WAR_queport_publishBoxNamespace=LAYOUT_23201%2Fqueport_AnswersPortlet_WAR_queport_INSTANCE_DiM2_LAYOUT_23201&_DetailPortlet_WAR_queport_publishBoxMessageType=searchQuery&_DetailPortlet_WAR_queport_action=copyQuery&_DetailPortlet_WAR_queport_offset=0)

Durchsuchung bei Pfarrer König : Jenaer OB will Antworten von Tillich

Der Jenaer Oberbürgermeister Albrecht Schröter hat in einem offenen Brief an den sächsischen Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich das Vorgehen sächsischer Behörden im Fall des Pfarrers Lothar König kritisiert.

Schröter, der selbst Pfarrer ist, sprach von einem "politischen Schaden" im "mitteldeutschen Binnenverhältnis". Die Aktion der sächsischen Ermittler in seiner Stadt habe "nicht nur Aufsehen erregt, sondern auch für nachhaltigen Unmut gesorgt." Schröter sprach vom "möglichen Effekt der

Einschüchterung" von Menschen, die gegen Rechtsextremismus demonstrierten. Er fragte den Ministerpräsidenten, ob mit der Durchsuchungsaktion der "Widerstand gegen die Neonazis am 19. Februar 2012" bereits im Vorfeld erschwert werden solle.

Einladung nach Jena

Mit Blick auf die vorherige massenhafte Speicherung von Handydaten durch die sächsische Staatsanwaltschaft sprach der SPD-Politiker von einem Vertrauensverlust in die Demokratie. Das Vertrauen sei "ernsthaft erschüttert" worden. "Ich frage mich seitdem bei jedem Gespräch, das ich mit Handy führe, was ich sagen möchte und was nicht. Diese Schere im Kopf hatte ich zum letzten Mal in der Zeit der DDR-Diktatur..." Der Oberbürgermeister, der sich seit Jahren gegen Rechtsextremismus engagiert und sich auch regelmäßig an Demonstrationen gegen Rechtsextremisten in Dresden beteiligt, verlangt nun von der sächsischen Landesregierung Aufklärung. Dazu lud er Tillich zu einer Podiumsdiskussion nach Jena ein.

"Mein Wunsch ist es, in der Bevölkerung bestehende Verunsicherungen im Hinblick auf den Umgang mit zivilgesellschaftlichem Engagements gegen die Feinde der Demokratie abzubauen und insbesondere Klarheit über die diesbezüglichen Intentionen der sächsischen Landesregierung zu erhalten."

Albrecht Schröter, Oberbürgermeister Jena

Sächsische Beamte hatten am Mittwoch vergangener Woche die Wohnung Königs durchsucht. Sie werfen ihm vor, bei der von Krawallen begleiteten Kundgebung gegen Neonnazis in Dresden zu Angriffen auf Polizisten aufgerufen zu haben.

Zuletzt aktualisiert: 18. August 2011, 15:25 Uhr

(http://www.mdr.de/nachrichten/schroeter104_zc-e9a9d57e_zs-6c4417e7.html)

Brief an Tillich im Streit um Razzia bei Pfarrer

Donnerstag, 18. August 2011, 14:40 Uhr

Jena (dpa) - In einem offenen Brief an Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) hat Jenas Oberbürgermeister Albrecht Schröter (SPD) das Vorgehen sächsischer Behörden im Fall des Pfarrers Lothar König kritisiert. Es habe zusammen mit der vorherigen massenhaften Speicherung von Handydaten zu einem Vertrauensverlust in die Demokratie geführt, heißt es in dem Schreiben. Schröter sprach vom «möglichen Effekt der Einschüchterung» von Menschen, die gegen Rechtsextremismus demonstrierten. Sächsische Beamte hatten am Mittwoch vergangener Woche die Wohnung Königs durchsucht. Sie werfen ihm vor, bei der von Krawallen begleiteten Kundgebung gegen Neonnazis in Dresden zu Angriffen auf Polizisten aufgerufen zu haben.

(<http://www.bild.de/regional/dresden/dresden-regional/brief-an-tillich-im-streit-um-razzia-bei-19468314.bild.html>)

Mitteldeutschland

Brief an Tillich im Streit um Razzia bei Pfarrer

dpa

Jena. In einem offenen Brief an Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) hat Jenas Oberbürgermeister Albrecht Schröter (SPD) das Vorgehen sächsischer Behörden im Fall des Pfarrers Lothar König kritisiert. Die Razzia in Königs Wohnung habe zusammen mit der vorherigen massenhaften Speicherung von Handydaten zu einem Vertrauensverlust in die Demokratie geführt, heißt es in dem Schreiben. Schröter sprach vom „möglichen Effekt der Einschüchterung“ von Menschen, die gegen Rechtsextremismus demonstrierten.

Sächsische Beamte hatten am Mittwoch vergangener Woche die Wohnung Königs durchsucht. Sie werfen ihm vor, bei der von Krawallen begleiteten Kundgebung gegen Neonazis in Dresden zu Angriffen auf Polizisten aufgerufen zu haben.

Umstritten ist zwischen sächsischen und thüringischen Behörden, welche Informationen und Absprachen es im Vorfeld tatsächlich gegeben hatte. Thüringens Justizminister Holger Poppenhäger (SPD) hatte sich kritisch über das Vorgehen geäußert, was sein sächsischer Amtskollege Jürgen Martens (FDP) zurückwies. Die Landesbischöfin der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM), Ilse Junkermann, hatte sich „bestürzt“ über das Vorgehen der Polizei geäußert und es als „skandalös“ bezeichnet.

Bei der Aktion war unter anderem auch ein Kleintransporter beschlagnahmt worden, von dem aus König nach Ansicht sächsischer Ermittler bei den Ausschreitungen im Februar zu Steinwürfen gegen Polizisten aufgerufen haben soll. Der Pfarrer, der unter anderem die „Junge Gemeinde Stadtmitte“ betreut, bestreitet die Vorwürfe.

Jenas Oberbürgermeister schrieb, dass der Staat natürlich das Recht habe, mögliche Straftaten aufzuklären. Es gehe aber um das „Signal, das viele engagierte Bürger in der Vorgehensweise der sächsischen Staatsanwaltschaft zu erkennen glauben“. Ihr hätte klar sein müssen, wie brisant der Einsatz im Nachbarland nach der Datenaffäre sein musste. Schröter sprach von einem „Schaden im mitteldeutschen Binnenverhältnis“.

Der Oberbürgermeister, früher selber Pfarrer, lud Tillich zu einer Diskussionsrunde in Jena ein, bei der es vor allem um die Haltung der Politik zu zivilgesellschaftlichem Engagement gegen Rechtsextremismus gehen sollte.

© LVZ-Online, 18.08.2011, 16:07 Uhr

(<http://nachrichten.lvz-online.de/leipzig/polizeiticker/polizeiticker-mitteldeutschland/brief-an-tillich-im-streit-um-razzia-bei-pfarrer/r-polizeiticker-mitteldeutschland-a-101673.html>)